

Positionspapier AG Wirtschaft

„Lost in Transformation – Wie die Wirtschaftswende gelingen kann.“

Deutschland befindet sich in der Rezession und zählt mittlerweile beim Wachstum zu den Schlusslichtern unter den Industriestaaten. Die Abwanderung oder Verlagerungstendenzen von Unternehmen, der zunehmende Investitionsabfluss ins Ausland, steigende Insolvenzen und damit einhergehender Arbeitsplatzabbau gehören mittlerweile zum deutschen Wirtschaftsalltag. Der heimische Wirtschaftsstandort verliert massiv an internationaler Wettbewerbsfähigkeit, auch mit Blick auf hohe Steuern und Abgaben sowie zunehmende Regulierungen. Ausbleibendes Wirtschaftswachstum gefährden unseren Wohlstand, Sozialstaat und die Klimaschutzziele. Eine effektive Wirtschaftswende ist jetzt notwendig - gepaart mit einem Maßnahmenbündel für ein Sofortprogramm Wirtschaft. Nur mit einem solchen klaren Signal ist wieder Vertrauen in die Verlässlichkeit und Planbarkeit am deutschen Wirtschaftsstandort zu senden. Innovations- und Investitionsbereitschaft von Unternehmen benötigen genau diese Zusage. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat kontinuierlich Vorschläge zur Stärkung der heimischen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes vorgelegt und weiterentwickelt. Unterlassene und falsche Entscheidungen mit Blick auf Industrie und Mittelstand haben zu einer Verschärfung der Unsicherheit und damit auch der wirtschaftlichen Probleme geführt. Nicht nur konjunkturell, sondern auch strukturell.

Es braucht eine Wirtschaftswende mit einer neuen Wachstumsagenda, die den Wirtschaftsstandort Deutschland wieder wettbewerbsfähiger macht. Denn die so genannte transformative Angebotspolitik der Bundesregierung ist in der Sackgasse gelandet. Sie ist nicht nur ein Etikettenschwindel, weil sie die staatliche Lenkung über die unternehmerische Kreativität stellt. Sie ist auch in ihrem Anspruch bereits jetzt gescheitert: eine Wirtschaftspolitik, die mehr angekündigt als umsetzt, die verspricht und gleichzeitig Programme unvorhersehbar stoppt, die ständigen Widerspruch innerhalb der Regierung hervorruft – eine solche Politik ist „lost in Transformation“, Ergebnis ist: Deutschland wird von den anderen Industriestaaten abgehängt.

Wirtschaftswende jetzt bedeutet konkret:

1. Klares Bekenntnis zu Wachstum und Sozialer Marktwirtschaft

Die vom Wirtschaftsminister ausgerufene „transformative Angebotspolitik“ ist eine Anti-Wachstums-Sackgasse. Die Wirtschaftspolitik muss sich klar auf nachhaltiges Wirtschaftswachstum fokussieren. Denn ohne Wachstum kein starker Sozialstaat und effektiver Klimaschutz, stattdessen weniger Bildung und weniger Sicherheit. Es braucht eine Wirtschaftspolitik, die im Einklang mit der sozialen Marktwirtschaft steht, auf der unser Wohlstand fußt.

2. Ein wettbewerbsfähiges Steuersystem für unsere Unternehmen

Deutschland hat unter den Industriestaaten mit die höchsten Steuersätze für Unternehmen. Während andere Länder die Steuern gesenkt haben, sind sie bei uns im Durchschnitt sogar gestiegen. Es braucht eine umfassende Unternehmenssteuerreform, welche die Liquidität von Unternehmen verbessert und damit Wirtschaft und Beschäftigung stärkt. Die Steuerlast auf einbehaltene Unternehmensgewinne muss auf 25 Prozent begrenzt, der Solidaritätszuschlag vollständig abgeschafft, die Verlustverrechnung verbessert und eine Turboabschreibung eingeführt werden. Damit käme Deutschland immerhin in die Nähe des OECD- und EU-Durchschnitts bei den Unternehmensteuer.

3. Endlich Belastungsmoratorium umsetzen

Für die Krisenzeit müssen alle Belastungen für Unternehmen und Beschäftigte auf europäischer und nationaler Ebene konsequent vermieden werden. Die Ampel hat selbst im September 2022 ein Belastungsmoratorium beschlossen, aber nie angewandt. Jetzt muss es endlich auf nationaler, aber auch europäischer Ebene umgesetzt werden. Ganz konkret: Die EU-Lieferkettenregulierung muss gestoppt, die nationale EU-Lieferkettenregulierung zumindest ausgesetzt werden.

4. Bürokratieentlastungsgesetz aus der Warteschleife befreien

Laut Normenkontrollrat haben die Belastungen eine „nie da gewesene Höhe erreicht“. Laut Umfragen wollen mehr als die Hälfte der Unternehmen aufgrund von zu viel Bürokratie nicht mehr in Deutschland investieren. Ein Bürokratieentlastungsgesetz, das den Namen verdient, muss nach zwei Jahren Beratungszeit endlich von der Regierung und Bundestag beschlossen werden. Die Unionsfraktion hat zwei umfassende Anträge mit konkreten Vorschlägen zum Regulierungs-

abbau eingebracht, aus der Wirtschaft gab es über 450 Vorschläge. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Regierung aktuell nur etwa 10 Prozent dieser Vorschläge ganz oder teilweise umsetzen will. Es braucht jetzt endlich einen „spürbaren“ Abbau von Bürokratie auf allen Ebenen: Berichtspflichten und Dokumentationen müssen umfassend reduziert werden (bspw. Taxonomie, Lieferkettenregulierung, Corporate Sustainability Reporting). Bis zur Sommerpause sollte jedes Bundesministerium ein Gesetz mit umfassenden Maßnahmen zum Bürokratieabbau im eigenen Zuständigkeitsbereich vorlegen. Dazu sollten mindestens 20 Regulierungen gehören, die man abschaffen könnte.

5. Wettbewerbsfähige Energiepreise

Deutschlands Industrie braucht wettbewerbsfähige Energiepreise und eine sichere Energieversorgung, damit nicht durch Abwanderung neue Abhängigkeiten entstehen, sondern geschlossene Wertschöpfungsketten, insbesondere in unseren Schlüsselindustrien, im Land gehalten werden können. Daher gilt es, das Energieangebot ideologiefrei und technologieoffen auszuweiten, auch um die Versorgungssicherheit weiter zu gewährleisten. Dafür muss neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien sofort geprüft werden, wie schnell und mit welchem Aufwand die zuletzt abgeschalteten Kernkraftwerke reaktiviert werden können. Zudem braucht es endlich konkret Maßnahmen zum Bau neuer Gaskraftwerke, die künftig in wind- und sonnenarmen Stunden die Stromversorgung absichern. Die Abgabenlast auf die Strompreise muss weiter reduziert werden, durch die dauerhafte Senkung der Stromsteuer auf das EU-rechtlich zulässige Minimum und die Halbierung der Netzentgelte für alle Bürger und Unternehmen.

6. Schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren

Das von der Ampel ausgerufene Deutschland-Tempo muss in allen Bereichen der Wirtschaft und Infrastruktur gelten und noch deutlich an Fahrt gewinnen. Der Pakt für Planungsbeschleunigung muss endlich umgesetzt werden; die MPK-Beschlüsse müssen zu Gesetzen werden. Zudem muss eine Genehmigungsfiktion bei Planungs- und Genehmigungsverfahren eingeführt werden. Wenn innerhalb von drei Monaten ein Antrag nicht beschieden wurde, gilt er als genehmigt. Gleichzeitig müssen die Genehmigungsbehörden gestärkt werden. Das kann auch durch Umschichtung von Personal erfolgen. Nur so machen Investitionen in unseren Standort Freude.

7. Reform des Arbeitszeitgesetzes

Die Veränderung der Arbeitswelt muss auch in den Arbeitszeitregeln Berücksichtigung finden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen sich künftig individueller und flexibler auf passende Arbeitszeitmodelle verständigen können. Dazu muss man die Spielräume des EU-Rechts nutzen und für alle Unternehmen anstelle der täglichen eine wöchentliche Höchstarbeitszeit festlegen.

8. Pakt für Leistung und Arbeit

Arbeit muss sich lohnen. Das bedeutet: Anreize für Arbeit und Mehrarbeit stärken, Anreize für Abwanderung in die Sozialsysteme reduzieren. Deshalb wollen wir Überstunden bei Vollzeitstellen gestalten, das Bürgergeld in jetziger Form abschaffen und die Sozialabgaben auf 40 Prozent deckeln. Für uns gilt Home-office und mobiles Arbeiten ja, Rechtsanspruch auf Home-office nein. Durch eine Fachkräfteoffensive durch bessere Weiterbildung und Fachkräftegewinnung (auch aus dem Ausland) wollen wir mehr Produktivität schaffen. Für ausländische Fachkräfte, insbesondere in Engpassberufen, müssen Visaverfahren sowie die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen und Fahrerlaubnisklassen vereinfacht und beschleunigt werden, auch mit Hilfe der Digitalisierung. Hier erwarten wir vom Auswärtigen Amt mehr Flexibilität und Initiative im Sinne der Dienstleistung für die Arbeitskräfte, die unsere heimische Wirtschaft braucht.

9. Exportwirtschaft stärken.

In Deutschland hängt jeder vierte Arbeitsplatz am Export. Daher braucht es eine exportfördernde Wirtschaftspolitik, die auf neue und vertiefte Handelsbeziehungen setzt. Neben der zügigen Ratifikation verhandelter Handelsabkommen, insbesondere mit den Mercosur-Staaten, ist auch die Verhandlung neuer Abkommen mit Indien und ASEAN-Staaten sowie eine Vertiefung bestehender Partnerschaften erforderlich, insbesondere mit den USA. Für mehr Tempo müssen EU-only-Abkommen zum Standard für neue Handelsverträge gemacht werden. Ausfuhr-genehmigungen müssen deutlich beschleunigt. Die neuen, ideologisch einseitigen Sektorleitlinien wieder rückgängig gemacht werden, damit gleiche Bedingungen für alle genehmigungsfähigen Exporte und Investitionen herrschen.

10. Eine starke EU-Wirtschaftspolitik

Nach dem Green-Deal braucht es auf EU-Ebene einen Growth-Deal. Der Binnenmarkt muss weiter ausgebaut und Wachstumsimpulse durch günstige Rah-

menbedingungen statt durch noch mehr Regulierung gesetzt werden. Es muss sichergestellt werden, dass Verordnungen und Richtlinien Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit in den Blick nehmen.

Kontakt:

Wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:
Julia Klöckner MdB, julia.kloeckner@bundestag.de, 01 79 - 50 99 29 3

Referent der AG Wirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:
Josef Schützeichel, josef.schuetzeichel@cducsu.de, 01 62 - 24 06 83 6

ENTWURF